

Antrag

**der Abgeordneten Deniz Celik, Heike Sudmann, Sabine Boeddinghaus,
Cansu Özdemir, Martin Dolzer, Norbert Hackbusch, Inge Hannemann,
Stephan Jersch, Christiane Schneider, Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

Betr.: Bürgerwillen umsetzen – Erhalt des Freibades Ohlsdorf sicherstellen

Im Jahre 2009 hat eine überwältigende Mehrheit von 84,5 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in einem Bürgerentscheid gegen die Fortsetzung des Bebauungsplanverfahrens Ohlsdorf 10 gestimmt. Sie haben somit die Überbauung mit Wohnungen auf einem Teilstück des Schwimmbades Ohlsdorf abgelehnt und sich für den Erhalt der zwei 50-Meter Außenbecken ausgesprochen. Trotz des eindeutigen Votums der Bürgerinnen und Bürger haben es die vergangenen Senate und das städtische Unternehmen Bäderland Hamburg GmbH versäumt, den Bürgerwillen umzusetzen und durch Erhaltungs- und Modernisierungsinvestitionen den Erhalt der Außenbecken zu sichern. Die aktuellen Planungen von Bäderland und dem Senat sehen vor, dass ein Teil der Außenfläche verkauft, die Außenbecken zugeschüttet und mit Wohnungen überbaut werden. Das Aus für das Freibad Ohlsdorf bedeutet eine große Missachtung des Bürgerentscheids von 2009. Eine partizipative und soziale Stadtentwicklung, die den Bürgerwillen respektiert, erfordert, dass die aktuellen Planungen verworfen werden und eine einvernehmliche Lösung in Dialog mit der Bürgerinitiative gesucht wird.

Das Freibad Ohlsdorf ist als ein Naherholungsmöglichkeit ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge im Bezirk Hamburg-Nord. Es leistet als zentrale Anlaufstelle im Stadtteil einen wichtigen Beitrag für die soziale und kulturelle Integration der Bürgerinnen und Bürger. Im Rahmen der Bewerbung für die Olympischen Spiele hat der Senat Hamburg als Sportstadt ausgerufen und die Absicht bekundet den Breitensport zu fördern. Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, dass immer mehr Kinder nicht schwimmen können, müssen sportliche Angebote erweitert und nicht verringert werden. Nicht zuletzt angesichts der Zuwanderung Tausender junger Familien in die Stadt gibt es einen großen Bedarf an sinnvollen niedrigschwelligen Freizeit- und Sportangeboten. Viele Familien in der Stadt – auch die zugewanderten Flüchtlingsfamilien – können sich keinen Urlaub an der See leisten. Für sie ist ein Besuch im Freibad in vielen Fällen ein Urlaubersatz. Daher ist die leichtfertige Veräußerung öffentlicher Grundstücke zulasten einer vielseitigen qualitativen wie quantitativen Bedarfsbefriedigung und entsprechenden Freizeitangebots sozialpolitisch nicht verantwortbar. Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, die dem Gemeinwohl dienen, dürfen nicht nach dem zu erwirtschaften Profit beurteilt werden. Bäderland Hamburg GmbH muss seinem Auftrag im Sinne einer gesunden Entwicklung von Kindern und Heranwachsenden gerecht werden und nicht Investoreninteressen pflegen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

sich gemäß des Ergebnisses des Bürgerentscheides „Rettet das Freibad Ohlsdorf“ von 2009 dafür einzusetzen, dass Bäderland Hamburg GmbH unter Beteiligung der Bürgerinitiative „Rettet das Freibad Ohlsdorf“ und der breiten Öffentlichkeit eine neue Planung erstellt und umsetzt, die den Erhalt eines Freibades mit Außenbecken innerhalb der bestehenden Grundstücksgrenzen des Schwimmbades gewährleistet und auf den geplanten Verkauf von über 35 Prozent des Außengeländes verzichtet.